

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

FÜNFTES JAHR

MÄRZ 1954

HANS MÜTHLING

über die Inflationsgefahren der deutschen Wirtschaftspolitik

Unsere neue Währung war 1950/51 sehr gefährdet. Im Augenblick ist die monetäre Entwicklung nicht sehr expansiv, wenn es auch jetzt schon wieder erhebliche Anzeichen dafür gibt, daß das Preisgefüge erneut in Bewegung gerät. Die Gefahren sind latent. Sie sollen durch einen Hinweis auf die inflationsfördernden und inflationshemmenden Kräfte aufgezeigt werden.

Zum Begriff der Inflation

Der Sprachgebrauch ist nicht einheitlich. Je nachdem wie man zur offiziellen Wirtschaftspolitik steht, nennt man es Teuerung oder Inflation. Inflation bedeutet, daß zuviel Geld hinter zuwenig Waren herläuft. Der stabile Geldwert beruht auf der wohlabgewogenen Relation zwischen Güterumlauf und Geldvolumen. Dabei muß den produzierten Waren nicht nur die Geldmenge, sondern auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gegenübergestellt werden. Ein 100-Mark-Schein, der nur einmal in der Woche umgesetzt wird, bedeutet eine andere Nachfrage nach Waren als einer, der in der gleichen Zeit dreimal den Besitzer wechselt.

Die Lohn- und Gehaltsempfänger sind die Hauptleidenden zweier Inflationen gewesen. Sie sind zweimal hinter der fliehenden Währung hergejagt. Sie sind zweimal mit einem Geld betrogen worden, das als Austauschmittel für ihre Arbeitsleistung keine ehrliche Gegenleistung mehr war, und sie bäumen sich dagegen auf, daß auch noch ein drittes Mal innerhalb einer Generation eine solche Inflation an ihnen ausprobiert wird. Das veranlaßt die Gewerkschaften zu der inflationsabwendenden Forderung, die Löhne und Gehälter der tatsächlichen Entwicklung wie eine Haut anzupassen. Die Menschen brauchen die ihrer Arbeitsleistung angemessene Kaufkraft des Geldes zur notwendigen Lebenshaltung. Nach zweimaliger furchtbarer Enttäuschung haben sie erfahren, daß eine gerechte, eine der Arbeitsleistung entsprechende Kaufkraftentschädigung überhaupt eine der entscheidenden Voraussetzungen des Daseins ist. Die schlimmen Erfahrungen der Vergangenheit haben ihnen eindeutig gezeigt, daß die Währungsstabilität erfüllt sein muß, wenn man nicht vegetieren will, sondern arbeiten möchte und leben, Häuser bauen, Kinder haben und was der guten

Dinge mehr sind. Es geht dabei um die reale Kaufkraft unserer Mark, um das kleine Budget der einzelnen Hausfrau, um die reale Kaufkraft der Löhne der Festbesoldeten und um die Spargelder unseres Volkes. Nur so ist gegenüber dem „Lärm an der Lohnfront“¹⁾ die neue Forderung des DGB zu verstehen, daß größere Lohnerhöhungen fällig sind und daß es Sache einer sozial verantwortlichen Regierung sei, Preissteigerungen durch eine aktive Preispolitik zu mindern oder zu verhüten. Nach den von *Viktor Agartz* und *Reinhold Nimptsch* gegebenen Erläuterungen des DGB-Programms kann keine Rede davon sein, daß der DGB einen Weg zu gehen beabsichtigt, der in die Inflation führt.

Hinter den eigentlichen Interessenten an der Notenpresse steht die große Schicht der Gleichgültigen:

- a) der Handel, der bekanntlich von der Handelsspanne lebt und dem der konstante Wert des Ein- und Verkaufs deshalb verhältnismäßig gleichgültig ist,
- b) die Inhaber der Sachwerte, Produktionsmittel und Grundstücke usw.,
- c) die Landwirtschaft.

Der Geldentwertung folgen alle Gesetze der Mangelware, von denen diese Wirtschaftszweige nur profitieren können. Sie stehen darum den Währungsvorgängen kraft ihres wirtschaftlichen Anpassungsvermögens verhältnismäßig gleichgültig gegenüber. Die Lohnempfänger sind den Gefahren indes unmittelbar ausgeliefert, wenn ihnen auch immer wieder weisgemacht wird, daß durch eine Inflationierung des Geldes eine Ausweitung der Wirtschaft eintritt und auf diese Weise die Arbeitslosigkeit vermindert wird. Staaten, die die Inflation als Bestimmungsmittel verwenden, sagen zu ihrer Rechtfertigung, daß mit Hilfe der Geldentwertung neue Kaufkraft geschaffen und dadurch Arbeitsplätze gehalten oder neu zu begründen wären. Diese zunächst geräuschlose Finanzierungsart, diese Narkose, sei das Recht einer höheren Staatsnotwendigkeit. Der Staat hätte eben das Recht, Banknoten zu fälschen. Ich glaube, daß man ein solches Zitat einmal gehört haben muß, um das Wort *Lenins* zu verstehen: „Die Währungspolitik hat den Vorrang. Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muß man ihr Geldwesen verwüsten.“ Goethe hatte schon recht, als er Mephisto die Banknoten erfinden ließ.

Finanzwirtschaftlich hat diese Art der Haushaltsdeckung durchaus den Charakter der Besteuerung. Sie hat wie eine öffentliche Abgabe den Charakter der Zwangsabgabe. Niemand kann sich ihr entziehen. Sie ist eine schlechte Steuer; denn ihr fehlt das soziale Haupterfordernis jeder Steuer: Ihr fehlt die Grundforderung der Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit der Besteuerung. Wer letzten Endes die Zeche zu bezahlen hat, sind die Sparer, die Versicherten, die Pensionäre, kurz die Alten oder die Altwerdenden, die wir ja alle miteinander sind. Immer bezahlt ein Unbeteiligter die Rechnung!

Es ist also nur folgerichtig, daß gerade die Arbeiterschaft heute die Wertbeständigkeit des Geldes fordert. Nicht umsonst nennt Dostojewski Geld „geprägte Freiheit“.

Was sagen die Geldtheoretiker?

Großes Aufsehen hat in den zwanziger Jahren *John Maynard Keynes* gemacht, damals Präsident der Bank von England. Keynes glaubte, das Problem der Arbeitslosigkeit mit Mitteln der Geldpolitik, mit der sogenannten monetären Konjunkturpolitik, lösen zu können. Seine Theorie lief auf die Empfehlung einer dosierten Inflation hinaus. Man kann sagen, daß diese Heilslehre abgewirtschaftet hat. Erfolge mit der Keynesschen Lehre — das ist das Weltecho der großen wissenschaftlichen

1) Sweerts-Sporck: Lärm an der Lohnfront, Der Volkswirt, Nr. 5/1954, Seite 9. 130

INFLATIONSGEFAHREN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Tagungen und Publikationen der letzten Jahre — könne man nur dort erzielen, wo die monetären Maßnahmen von der Bevölkerung nicht durchschaut würden.

Derartige Konstruktionen gehen von der Auffassung aus, daß die Währung nicht eine neutrale Grundlage des Wirtschaftens ist, sondern sehen in der Währung ein Mittel der staatlichen Wirtschaftspolitik, das von der Regierung autonom manipuliert werden kann. „Wohin diese Praxis führen kann“, so führt sogar der „Volkswirt“ (Nr. 32/1951) aus, „muß allmählich jedem klar sein, wenn er sich an die zwei Inflationen innerhalb einer Generation erinnert und genug Phantasie besitzt, sich auszumalen, wie man etwa eine langfristige Wirtschaftspolitik auffaßt, der die Notenbank helfend zur Seite steht. Es kann daher nicht nachdrücklich genug davor gewarnt werden, eine Notenbankverfassung zu schaffen, die der Regierung eine Tür offen läßt für eine eigene außerhalb der Verantwortung der Notenbankleitung liegende autonome Währungsmanipulation im Dienst ihrer wirtschaftspolitischen Ziele. Der Irrtum, man könnte die Währungsstabilität sichern und gleichzeitig der Regierung die Notenpresse für eine eigene Konjunkturpolitik überlassen, könnte uns sonst teuer zu stehen kommen. Wenn man schon ablehnt, daß die D-Mark im Rahmen eines autonomen Goldmechanismus mit den Währungen anderer Länder in Reih und Glied zu marschieren hat, dann sollte man sich auch dafür bedanken, sie eventuell nach der Pfeife ehrgeiziger Regierungschefs tanzen zu lassen.“

Nach der Währungsreform von 1948 haben wir immer wieder die gefährliche These zu hören bekommen, daß eine gute Währung nichts nütze, wenn dabei die Wirtschaft kaputtgehe — bis man allgemein wieder die Selbstverständlichkeit begriffen hatte, daß es ohne eine gute Währung auf die Dauer überhaupt keine rationelle Wirtschaft gibt.

Wichtig ist auch, daß in einigen bedeutenden gewerkschaftlichen Feststellungen dargelegt wird, daß mit einer absoluten Vollbeschäftigung durch fortgesetzte Geldmengenexpansion der Wirtschaft nicht gedient sein kann. Ein konstanter Inflationsdruck hemme die Produktivitätsentwicklung und verringere dadurch die Möglichkeiten dauerhafter Reallohnverbesserung für die breiten Massen. Vollbeschäftigung auf Kosten der Lebenshaltung sei ebensowenig erstrebenswert wie die Vollbeschäftigung durch unproduktive Arbeitsleistung. Ein geldtheoretisches Beispiel dafür! Bei Keynes wird das Ausgraben und das Wiedermachen von Löchern gerühmt. Er ist ja nun tot. Aber welche Freude hätte er daran haben müssen, daß seine Landsleute in Deutschland erst Demontage und gleich darauf Remontage machten.

Die Anhänger der Keynesschen Lehre — und in der Politik gibt es noch einige davon — übersehen, daß Menschen, die zwei verhängnisvolle Inflationen mitgemacht haben, mißtrauisch sind, wenn ihnen versichert wird, Geld sei nur nicht ausgenützte, aber gesicherte Kaufkraft. Sie übersehen, daß das Geld auf längere Sicht diese Kaufkraft rasch einbüßt, wenn durch das Geldeinkommen mehr Hoffnungen auf das reale Einkommen erweckt werden, als durch die volkswirtschaftliche Entwicklung verwirklicht werden kann. Stabilisierung des Geldes ist also gerade aus sozialwirtschaftlichen Gründen selbstverständlich. Ohne sie ist — auf lange Sicht gesehen — eine Wohlstandszunahme überhaupt nicht möglich.

Nicht zu bestreiten ist, daß der Kredit ein wertvoller Helfer sein kann, wenn es ihm obliegt, die Kapitalbildung durch Hervorlocken von Ersparnissen zu fördern, ihr den Weg zum besten Wirt zu weisen und dem schon vorhandenen, realen Kapital zur höchstmöglichen Produktivität zu verhelfen. Stehen volkswirtschaftliche Produktionsreserven zur Verfügung, kann der Kredit mittels Geldschöpfung wertvolle Dienste leisten, um diese zu mobilisieren. Dazu gehören nicht technische Reserven: Lagervorräte, Arbeitskräfte, Maschinen usw. Es kommt auf die erforderliche Komplementarität der Produktionselemente zur rechten Zeit am rechten Ort und in dem notwendigen Umfange an.

Ungedeckte Etats als ständige Währungsgefahr

Oberste Voraussetzung der Währungssicherheit muß der Ausgleich des Bundeshaushalts sein. Sie ist leider nicht gegeben. Alte und neue Fehlbeträge, eine regelrechte Wanderdüne der Defizite, bedeuten für die Stabilität der Währung eine permanente Gefahr. Der Ist-Fehlbetrag von 1951 beträgt 1300 Millionen DM, der volle Fehlbetrag mit ungedeckten Ausgaberesten sogar 2 Milliarden DM. 1952 ist der scheinbare Ausgleich des Etats auch nur dadurch erreicht worden, daß man die Leistungen an die Sozialversicherungsträger zum größten Teil nicht in bar, sondern in Schuldverschreibungen entrichtet hat und daß man das von mir eben genannte Etat-Defizit von 1951 im Haushalt 1952 einfach unter den Tisch fallen ließ. Auch die wiederholt kritisierte Zahlung von Zuschüssen im Jahre 1953 statt in bar durch Schuldverschreibungen — es sind 185 Millionen DM an die Arbeitslosenfürsorgeunterstützung und 555 Millionen D-Mark an die Angestellten- und Invalidenversicherung — ist währungspolitisch bedenklich, zumal wenn sie gleich für drei Jahre im voraus bestimmt werden soll. Nach dem Entwurf des Bundeshaushalts für 1954 ist der gleiche Weg vorgesehen. Die Träger der Sozialversicherung und die Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung sollen noch einmal mit einer Entnahme von 512 Millionen DM belastet werden, wenn auch in der Form einer Anleihe, wie sie diesmal im außerordentlichen Haushalt untergebracht worden ist. Gewiß, die Sozialversicherung ist kassenmäßig flüssig, und für den Ernstfall ist sie auch durch die Zahlungsgarantie des Bundes gegen Zahlungsschwierigkeiten geschützt. Bedenklich aber bleibt, daß damit über allen Haushalten des Bundes die Ungewisse Drohung der Ungewissen Fälligkeiten aus diesen Schuldverschreibungen stehen wird, ohne daß in absehbarer Zeit mit einer haushaltsmäßigen Entspannung gerechnet werden kann. Der Bund schleppt ohnehin eine schwebende Schuld von 816 Millionen DM mit, deren Fundierung nicht gelungen ist. Schon 1957 sind die 1953 gezeichneten 500-Millionen-DM-Bundesanleihe und (die sehr, sehr problematisch gewesene) 249,8-Millionen-DM-Anleihe beim ERP-Fonds rückzahlbar, und langfristiger werden sich die für 1953 noch in der Luft schwebenden 960 Millionen DM nicht unterbringen lassen. Obendrein muß im Haushalt 1954 noch für die Deckung des Fehlbetrages aus 1951 in der genannten Milliardenhöhe gesorgt werden, so daß allmählich eine Summe aufläuft, vor der man es wirklich mit der Angst kriegen kann. Es ist sehr bedenklich, daß die Fehlbeträge in Milliardenhöhe aus den Vorjahren wiederum nicht in den Bundeshaushaltsplan 1954 eingestellt werden konnten. In der Öffentlichkeit ist in diesen Wochen von interessierter Seite viel Propaganda damit gemacht worden, daß die Endsummen des Haushalts 1954 rund 700 Millionen DM niedriger sind als die des Vorjahres. Bei Licht betrachtet sieht die Sache natürlich wieder ganz anders aus. Dann erkennt man nämlich, daß die Senkung des Haushaltsvolumens in der Schlußsumme in erster Linie daher kommt, daß der ERP-Haushalt, der früher als durchlaufender Posten im Haushalt erschien, jetzt nicht mehr an der gleichen Stelle steht, sondern dem Haushalt nur als Anlage, als Wirtschaftsplan, beigegeben ist und auf diese Weise bei der Endaufrechnung nicht mitzählt. Das sind allein 875 Millionen DM, die auf diese Weise „verdunstet“ worden sind. Außerdem muß als reine Zahlenspielerei vermerkt werden, daß der ordentliche Haushalt mit 576 Millionen DM nur dadurch entlastet ist, daß dieser Effektivbedarf für den Wohnungsbau buchhalterisch einfach in den außerordentlichen Haushalt übertragen ist. Alles zusammengefaßt, sind die Dubiosen in dem neuen Bundeshaushalt so erheblich, daß von einem echten Ausgleich des Etats, d. h. anders als auf dem Papier, überhaupt nicht gesprochen werden kann. Nüchterne Rechner beziffern das Defizit des neuen Bundeshaushalts ohne Zahlenmagie auf 4 Milliarden DM. Die Länderetats stecken gleichfalls voller Defizite, ebenso die der Gemeinden. Die Bundesbahn befindet sich in dem

INFLATIONSGEFAHREN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

gleichen Augenblick, in dem sie höhere Gehälter zahlen muß, in Kassenschwierigkeiten, die in Wahrheit Zahlungsschwierigkeiten sind.

Die Währungsgefahr des Bundesplafonds

Eine weitere Gefahrenquelle für die Stabilität der Währung sehen wir in dem ständigen Bemühen sehr maßgebender Interessenten, mit dem neuen Notenbankgesetz²⁾ einen möglichst hohen Regierungs-, „Plafond“ für kurzfristige Bundeskredite und Vorschüsse durch gesetzliche Vollmacht zu erhalten. Mit einer geradezu seltsamen Beharrlichkeit ist immer wieder versucht worden, den Bundesplafond von 1,5 Milliarden auf 2,5 Milliarden DM zu erhöhen. Die Bank deutscher Länder hat eine solche Ausweitung „wegen der Gefahr inflationistischer Tendenzen“ (so heißt es im Ablehnungsprotokoll) zurückgewiesen. Aber wir wissen leider, daß die Bemühungen (vor und hinter der Szene) weitergehen.

Die deutsche „Inflationsempfindlichkeit“ ist immer noch an der Vorstellung eines Totalverlustes orientiert. Das muß man wissen, wenn es um staatliche Notenbankkredite geht. Mit dem Bundesplafond ist es ja auch nicht allein getan, hinzu kommen ja noch die Plafonds der einzelnen Länder bei ihren Landeszentralbanken mit Kassenvorschüssen bis zu 20 vH der unterhaltenen Giroeinlagen. Eine weitere Geldverflüssigungsquelle liegt darin, daß die Landeszentralbanken die im Portefeuille liegenden Schatzwechsel nach Ermessen beleihen dürfen. Und jetzt kommt auch noch ein besonderer Plafond für die Lastenausgleichsbank hinzu. Man sieht auch hierin die Gefahren, daß unsere schon angeschlagene D-Mark allmählich wieder in „Schwundgeld“ übergehen könnte! Bei der Inanspruchnahme des Kreditplafonds des Bundes bei der BdL mit 1,5 Milliarden DM muß man sich darüber klar sein, daß die Grenze einer Beanspruchung zur Finanzierung laufender Haushaltsausgaben und zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsschwierigkeiten sehr, sehr flüchtig ist. Die Inanspruchnahme des Kreditplafonds zur Finanzierung haushaltsmäßig nicht gedeckter und in absehbarer Zeit nicht zu deckender Ausgaben ist der direkte Weg in die Inflation.

Die Devisenankäufe als Währungsgefahr

Im letzten Jahr hat am stärksten zur Ausdehnung des Geldvolumens der Überschuß der Devisenankäufe des Banksystems über seine Devisenabgaben beigetragen. Wenn die Zahlungsbilanz Deutschlands aktiv ist — und das ist sie seit langem —, dann übersteigt das Devisenangebot die Nachfrage nach Devisen. Die Notenbank zahlt dann ständig mehr D-Mark für Deviseneinkäufe aus, als sie andererseits für Devisenverkäufe erhält. Es wird also von der Notenbank neues Geld geschaffen, ohne daß bei der Notenbank Kredit genommen werden müßte. An die Stelle einer kreditmäßigen Geldschöpfung ist also dadurch, daß die Produktion umgesteuert wurde, eine Geldschöpfung durch Devisenankauf des Zentralbanksystems getreten. Wir haben mit einem Aktivsaldo zu tun, den wir mangels ausreichender Einfuhren nicht verwenden können. Dieser DM-Auszahlungsüberschuß bedeutet eine entsprechende Vermehrung der Geldbestände der Wirtschaft. Was im Wege der sogenannten hoheitlichen Geldschöpfung im letzten Jahr zusätzlich in die Wirtschaft hineingepumpt worden ist, hat die Bank deutscher Länder im wesentlichen durch Devisenankäufe in den Verkehr gebracht. Es sind erhebliche Summen! Wie sich aus den monatlichen Angaben der Bank deutscher Länder ergibt, sind durch die Netto-Devisen-Ankäufe des Zentralbanksystems und der Außenhandelsbanken 1952 neue Umlaufmittel in Höhe von rund 3170 Millionen DM der Wirtschaft zugeflossen. Für das Jahr 1953 ergab sich

2) Drittes Ges. zur Änd. des Ges. über die Errichtung der Bank deutscher Länder v. 7. 9. 53 (BGBl I, 1317).

ein Aktivsaldo der Warenhandelsbilanz von 2,5 Milliarden DM (BdL-Bericht Januar 1954). Für den Monat Dezember 1953 hat der Überschuß der Devisenankäufe des Zentralbanksystems über seine Devisenverkäufe allein den ungewöhnlich hohen Betrag von 488 Mio DM erreicht (Monatsbericht der BdL, Januar 1954). Es ist also so, daß die Notenbank Monat für Monat den Export mit Hunderten von Millionen — monetär gesprochen aus dem Nichts — finanziert.

Diese Zahlungsabwicklung des Auslandsgeschäfts ist also in der Tat eine nicht ungefährliche Sache. Nach dem März-Bericht 1953 der Bank deutscher Länder beruht die Aktivität der Zahlungsbilanz als „geldschaffender Faktor“ vor allem auf rückläufigen Einfuhren. Im Inland wird also mehr Geld produziert, ohne daß nach diesem Automatismus auch der geringste Anlaß bestünde, dafür mehr Ware zu sehen. Das vorhin aufgezeichnete Erfordernis eines Gleichgewichts von Geldmenge und Warenmenge ist also gestört!

Unter diesen Umständen versteht man, weshalb der Präsident des Direktoriums der Bank deutscher Länder im Dezember 1952 vor dem Bundesverband der deutschen Industrie ausführte: „Die Ausfuhr allein, die Weggabe von Gütern, ist nur ein Verlust für die Volkswirtschaft, wenn nicht greifbare Gegenwerte einschließlich eines Gewinns hereinkommen, die uns die Bezahlung unseres nötigen Imports ermöglichen. Unter solchen Aspekten kann also die Parole nicht Exportförderung um jeden Preis lauten.“ Mit dieser Formulierung hat Präsident *Vocke* das Dilemma unserer Notenbankpolitik auf eine knappe Formel gebracht. Alle Länder, die Exportüberschüsse in Gebieten mit Preisinflation erzielten, haben dieses Dilemma erlebt, in den letzten Jahren vor allem Belgien. Zahlungsbilanzüberschüsse im Verkehr mit den anderen Verrechnungsländern haben eben inflatorische Wirkungen.

Das Manipulieren mit den Ausgleichsforderungen

Die formale Deckung der D-Mark liegt in den sogenannten Ausgleichsforderungen. Zudem ist die D-Mark auch noch etwas „vergoldet“. Die Bank deutscher Länder verfügt nämlich über einen Goldbestand von rund 1 Milliarde DM. Die Ausgleichsforderungen an den Bund stehen auf der Aktivseite der Bilanz der Bank deutscher Länder. Die verzinslichen Ausgleichsforderungen sind der bilanzmäßige Gegenposten der gesetzlichen Geldschöpfung von 1948. Sie sind die „Erstausstattung“ für die damals ausgezahlten Kopf- und Geschäftsbeträge sowie für die Neuausstattung der öffentlichen Körperschaften und der Banken mit liquiden Mitteln. Nicht aus buchungstechnischen Gründen war diese Regelung nötig, sondern um der neuen Währung überhaupt irgendeine vom Staat zu verantwortende Grundlage zu geben.

Es handelt sich insgesamt um 6 Milliarden. Und gegen diese Ausgleichssumme ist nun 1953 der Versuch unternommen worden, die gesamte Summe aus der Bilanz dadurch herauszunehmen, daß sie nicht mehr verzinst wird, bewertungswirtschaftlich also wertlos wird. Der Versuch ist gescheitert. *Volkmar Muthesius*, der bekannte Frankfurter Banksachverständige, sagt mit Genugtuung dazu³⁾, daß durch eine solche Maßnahme „das Vertrauen in die Währung von neuem unterminiert worden wäre“. Die Hüter der Währung müssen also auch nach dieser Seite hin ständig auf dem Quivive sein.

Dieser Vorstoß gegen die Währung steht nicht vereinzelt da. Man denke daran, daß der Bundeswirtschaftsminister *Erhard* ständig eine „mutige“ Reform auf dem Kapitalmarkt fordert, wenn nicht in Aussicht stellt. Und man vergesse auch nicht, daß der sogenannte Preusker-Plan mit seinen Spritzen, seinen „konjunkturellen Injektionen“, der Ausweitung der „staatlichen“ Kredite, der Ausweitung der Abzahlungsgeschäfte und der Vorfinanzierung von Zukunftshoffnungen noch nicht ganz zu Fall gebracht ist.

3) Vgl. Neue Zeitung vom 10. Mai 1953.

INFLATIONSGEFAHREN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Selbstverständlich bemüht sich der Staat, von Zeit zu Zeit zu bremsen. Die Wirtschaftsgeschichte der letzten dreißig Jahre zeigt genug Beispiele dafür auf: Kreditrestriktion, Haushaltseinsparungen oder Ausfuhrsteigerung nach dem Prinzip des sozialen Dumpings, Einführung einer Verfassungsgarantie der Währung oder sogar Schutzmaßnahmen für Mündelgelder. Es zeigt sich also ein ganz merkwürdiges Bild: Der Staat bedient sich dieser Geldschöpfung, aber gleichzeitig distanziert er sich davon und sucht nach Maßnahmen gegen die schleichende Inflation. Wenn es nicht so ernst wäre, könnte es lustig sein.

Der heutigen Gesamtsituation — einer Art Schwebezustand zwischen inflationsfordernden und inflationshemmenden Maßnahmen — entspricht es, daß der *Preisindex für die Lebenshaltung* nach dem starken Anstieg (besonders 1951) sich 1952, 1953 und jetzt nur wenig nach oben geändert hat. Unsere Hausfrauen werden die Sache etwas anders sehen (Altmieten, Seife, Margarine, Schokolade, Kaffee). Aber das hängt mit der jahrzehntelang ausprobierten Methode der Statistik zusammen. Wird das Vertrauen in die Währung beeinträchtigt, so ist die Flucht in den Index wie eine Wundersucht.

Neutralisierung des Geldes durch öffentliche Kassenbestände

Im Augenblick wirkt sicherlich auch inflationshindernd, daß ein enormer Geldbestand der öffentlichen Hand (mit dem Bund als Hauptgläubiger) von 9,68 Milliarden DM (BdL-Bericht Januar 1954) — monetär gesehen — stillliegt, vom Geldmarkt praktisch ausgeschaltet ist, also neutralisierend wirkt. Die Banknoten liegen in den Safes. Es mag am Rande vermerkt werden, daß Geldtheoretikern mit praktischem Blick dies als Sicherheit allein nicht genügt. Der dänische Gelehrte *Pedersen* (Aarhus) und der Norweger *Philip* verlangen für einen solchen Fall die Vernichtung der angehäuften Banknoten.

Jene enorme Aufwärtsentwicklung wird auch dadurch nicht gemildert, daß im Oktober 1953 in der „Oktober-Bilanz“ ein Knick nach unten von rund $\frac{1}{2}$ Milliarde eintrat. Die breite Öffentlichkeit weiß nämlich nicht, daß hierbei der Einlagenbestand durch ein Buchhaltungsmanöver „verniedlicht“ werden sollte. Das Zentralbanksystem hatte die Absicht, zum 31. Oktober 1953 eine Sondererhebung über die Einlagen anzustellen. In Erwartung dieser Aktion haben dann die Einlieger ihre Gegenmaßnahmen dadurch getroffen, daß die Sondererhebung nur die Bankkonten der öffentlichen Hand, nicht aber ihren Wertpapierbestand und ihre Bestände an kurzfristigen Geldmarktpapieren mit erfaßten. Nun fiel nicht mehr zuviel Licht auf die Konten, weil die Gelder nun die formelle Flucht in die Wertpapiere und in die Darlehen angetreten hatten. Nach der Fachpresse sind allein bei den Girozentralen und bei den Staatsbanken auf diese Weise 585 Millionen DM „umgeleitet“ worden.

Eine beachtliche Gegenwirkung liegt auch darin, daß die *Umlaufgeschwindigkeit des Geldes* zurückgegangen ist. Man wird in der starken Zunahme der Termineinlagen vor allem ein Symptom der schon im vorhergehenden Jahr zu beobachtenden Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sehen dürfen.

Die monetäre Seite der Spareinlagen

Nach allem ist es klar, daß die Währungsstabilität auch eine Forderung der Sparkassen ist. Es ist eben so, daß die von einem großen Teil des Volkes geforderte Währungsstabilität zugleich Sparkassenpolitik im besten Sinne ist. Die Spareinlagen haben 1952 um 2,4 Milliarden DM zugenommen. Im Jahre 1953 war der echte Zugang auf Sparkonten, nämlich aus Einzahlungsüberschüssen und Zinsgutschriften, mit 3,17 Milliarden D-Mark ebenso hoch wie in den Jahren 1951 und 1952 zusammen (Monatsbericht der

BdL, Januar 1954). Es liegt auf der Hand, daß Sparvorgänge in dem augenblickliche» Umfang eine ähnliche inflationshemmende, neutralisierende Geldwirkung ausüben, wie es bei den zur Zeit stillliegenden 9,68 Milliarden DM an öffentlichen Geldern der Fall ist. Das neu zur Entstehung gelangte Geld ist eben weitgehend neutralisiert worden, indem es den Termineinlagen und den Spareinlagen zugeflossen ist. Das vorausgeschickt, können wir in den stark gestiegenen Spareinlagen noch nicht eine Normalisierung der Spartätigkeit sehen. Um das zu erreichen, brauchen wir auch die von uns aus ganz anderen Gründen geforderte Währungsstabilität. Sonst ist die Einlagensituation einfach ganz anders gelagert: Sonst stellt sich das Kontensparen eben als eine gewissermaßen unzuverlässige Form der Geldkapitalbildung dar. Die lauernden Sparer werden je nach der währungspolitischen Entwicklung entweder zum Durchhalten oder aber zur Rückkehr in Bargeld oder sogar in Waren neigen. Es besteht also bei Nichtbeachtung der von uns aufgezeigten Warnungen die Gefahr, daß das Sparkonto der Monetisierung unterliegt, d. h. also, sich ständig in Geld zurückzuwandeln droht und damit als aktive Nachfrage an die „Verbrauchsgütermärkte herantritt.

Ich habe eine Reihe von inflationsfördernden und inflationshemmenden Faktoren aufgezeigt. Ich halte es für möglich, daß sie sich im Augenblick die Waage halten. Leute vom Fach, die zwar nicht so sehr das Volk, dafür aber die Statistiken kennen, verneinen zur Zeit jegliche Gefahr. Andere sagen, daß es in der Natur so sei, daß manchmal zwei oder drei Gewitter, von verschiedenen Seiten kommend, an einem Orte zusammenstoßen und sich dann mit zehnfacher Gewalt entladen. Und Realisten meinen, daß es noch niemals eine Aufrüstung ohne Inflation gegeben hat. Diese Leute gehören zu den Kassandra, die bekanntlich unbequem sind, auch wenn sie recht behalten.

Es ist eine wichtige Aufgabe der öffentlichen und gewerkschaftlichen Arbeit, die harten Erfahrungen aus den beiden Inflationen abzubauen und die Erkenntnisse von der Notwendigkeit einer stabilen Währung zu verbreiten. Man muß sich klar darüber sein, daß sich mit leichtem Geld für den Moment auch leichter Politik machen läßt und daß gerade diese Tatsache einer gerechten Lösung des Kaufkraftvorhabens so sehr im Wege ist.

PAPST PIUS XL

Das ist der Grundirrtum der individualistischen Wirtschaftswissenschaft, aus dem all ihre Einzelirrtümer sich ableiten: in Vergessenheit oder Verkennung der gesellschaftlichen wie der sittlichen Natur der Wirtschaft glaubte sie, die öffentliche Gewalt habe der Wirtschaft gegenüber nichts anderes zu tun, als sie frei und ungehindert sich selbst zu überlassen; im Markte, d. h. im freien Wettbewerb, besitze diese ja ihr regulatives Prinzip in sich, durch das sie sich vollkommener selbst reguliere, als das Eingreifen irgendeines geschaffenen Geistes dies je vermöchte. Die Wettbewerbsfreiheit — obwohl innerhalb der gehörigen Grenzen berechtigt und von zweifellosem Nutzen — kann aber unmöglich regulatives Prinzip der Wirtschaft sein. (Quadragesimo anno)